



über die 5. Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses
am Donnerstag, dem 13. November 2003
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:45 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Herr Drescher
Frau Dyduch
Herr Eckardt
Herr Etzold
Frau Gube
Herr Henning
Herr Lipinski
Frau Lungenhausen
Herr Madeja
Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU

Herr Hasler
Frau Jacobsmeier
Herr Kissing
Herr Klein
Frau Scharrenbach
Herr Schneider
Herr Weber

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Schneider

Beratendes Mitglied FDP

Herr Bremmer

Beratendes Mitglied BG

Herr Kloß

Ortsvorsteher

Herr Baumann
Herr Schmidt

Verwaltung

Herr Baudrexl
Herr Brüggemann
Herr Fleißig

Herr Hupe
Herr Lantin
Frau Schwenzner
Herr Sostmann
Herr Tost

entschuldigt fehlten

Herr Behrens
Herr Ebbinghaus
Herr Hitz
Frau Middendorf

Herr Bürgermeister **Hupe** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Einvernehmlich wurden die Tagesordnungspunkte A. 1 bis A. 7 ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Änderung der Hundesteuersatzung	186/2003
2.	Erlass einer neuen Friedhofssatzung	212/2003
3.	Jahresabschluss der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen zum 31.12.2002	204/2003
4.	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen	203/2003
5.	Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Ausgaben (Hhst. 900.81001 u. 900.81100)	202/2003
6.	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für öffentliche Spielbereiche mit dringendem Erneuerungsbedarf unter ökologischen und pädagogischen Gesichtspunkten in Kamen (HHSt. 460.94072)	207/2003
7.	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Abschnitt 41 des Haushaltsplanes 2003	211/2003
8.	Schadstoffsammlung und Abfallabfuhr im Stadtgebiet Kamen; hier: Einschränkung bzw. Änderung der Abfuhrtermine ab 01.01.2004	191/2003
9.	Konzeption Wochenmarkt hier: Antrag der CDU-Fraktion	
10.	Finanz- und Haushaltsentwicklung im laufenden Haushaltsjahr und Stand der Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes hier: Antrag der CDU-Fraktion	
11.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Grundstücksverträge	
1. 1	Notarielles Kaufangebot des Herrn Dr. Karl-Friedrich Wiggermann vom 22.10.1998/10.12.2002 (UR-Nr. 152/98 u. 214/02 der Notarin Götz-Kohring in Kamen)	217/2003
1. 2	Notarielles Kaufangebot des Herrn Karlheinz Overhage vom 11.12.1998/30.12.2002 (UR-Nr. 1272/98 u. 729/02 des Notars Dr. Brinkschulte in Kamen)	218/2003
1. 3	Grundstückskaufvertrag Stadt Kamen / Eheleute Ilka und Ralf Hietkamp vom 09.10.2003 (UR-Nr. 367/2003 des Notars Dr. Brinkschulte in Kamen)	190/2003
2.	Unbefristete Niederschlagung von rückständigen Benutzungsgebühren	173/2003
3.	Unbefristete Niederschlagung von rückständigen Benutzungsgebühren	174/2003
4.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
5.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

186/2003

Änderung der Hundesteuersatzung

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 2.

212/2003

Erlass einer neuen Friedhofssatzung

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 3.

204/2003

Jahresabschluss der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen zum 31.12.2002

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 4.

203/2003

Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 5.

202/2003

Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Ausgaben (Hhst. 900.81001 u. 900.81100)

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 6.

207/2003

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für öffentliche Spielbereiche mit dringendem Erneuerungsbedarf unter ökologischen und pädagogischen Gesichtspunkten in Kamen (HHSt. 460.94072)

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 7.

211/2003

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Abschnitt 41 des Haushaltsplanes 2003

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 8.

191/2003

Schadstoffsammlung und Abfallabfuhr im Stadtgebiet Kamen;
hier: Einschränkung bzw. Änderung der Abfuhrtermine ab 01.01.2004

Herr **Bremmer** zeigte sich verwundert, dass die spätere Abfuhrzeit von lediglich 1 Stunde eine Änderung der Abfuhrtermine von bisher 3 auf 5 Wochentage notwendig werden lasse. Er bat um Mitteilung, ob hierdurch auch Mehrkosten entstünden.

Hinsichtlich der Abfuhrtermine müsse das Gesamtlogistikkonzept der Fa. Welge gesehen werden, antwortete Herr **Baudrexl**. Seitens der Fa. Welge, die nicht nur im Stadtgebiet Kamen die Abfuhr durchführe, sei die neue Tourenfestlegung schlüssig vorgetragen worden. Mehrkosten entstünden nicht.

Zu TOP 9.

Konzeption Wochenmarkt
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Hasler** nahm auf die Betriebsabrechnung für das Jahr 2002 Bezug, die eine Unterdeckung im Bereich der Märkte von ca. 11.000,00 € ausweise. Zielrichtung solle sein, den Alten Markt als Standort für den Wochenmarkt zu erhalten. Dies dürfe aber nicht zu Mehrkosten für die anderen Marktbesucher führen. Herr Hasler bat um Mitteilung, ob es seitens der Verwaltung bereits Lösungsansätze mit einer realistischen Chance für den Erhalt des Wochenmarktes in diesem Bereich gebe.

Die Überlegungen sollten sich nicht nur auf die Konzeption Wochenmarkt beschränken und auch die Prüfung weiterer Möglichkeiten beinhalten, antwortete Herr **Baudrexl**. Es gebe vielleicht auch andere Ansätze, den Fehlbetrag zu senken. Insofern sei das Thema auch getrennt vom Gebührenhaushalt zu betrachten. Die Gebührenkalkulation für 2004 bleibe abzuwarten.

Herr **Brüggemann** verwies auf seine Aussagen in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Es fänden Gespräche mit den Marktbesuchern, aber auch mit den Marktanliegern, insbesondere den Gastwirten, und dem HVV statt. Aus diesen Überlegungen und Anregungen heraus möge sich dann ein Konzept entwickeln. Die Verwaltung hoffe, im Frühjahr einen Lösungsvorschlag vorstellen zu können.

Die SPD-Fraktion habe bereits aus der letzten Sitzung mitgenommen, dass die Verwaltung das Thema bearbeite, legte Frau **Dyduch** dar. Neben den Ergebnissen aus den Gesprächsrunden seien bei der Konzeption auch die Auswirkungen durch die Innenstadtmaßnahmen zu berücksichtigen. Ihre Fraktion werde den Vorschlag der Verwaltung abwarten, bitte jedoch um regelmäßige Information über mögliche Zwischenergebnisse.

Die CDU-Fraktion habe mit ihrem Antrag unterstreichen wollen, dass ihr der Erhalt des Wochenmarktes am Standort "Alter Markt" wichtig sei, sagte Herr **Hasler**. Nach Aussage in der Betriebsabrechnung ergebe sich die Unterdeckung aus der mangelnden Akzeptanz der Marktbesucher und -kunden im Bereich des Alten Marktes. Seine Fraktion wünsche sich aber auch keine Stände mit sogenannter Billigware. Herr Hasler teilte die Auffassung von Herrn Baudrexl, dass es bei der Konzeption nicht allein um das Thema Wochenmarkt gehe. Dennoch seien die Themen im Zusammenhang zu sehen.

Herr **Hupe** betonte, dass das Ziel, den Wochenmarkt am Standort "Alter Markt" zu erhalten, nicht neu sei und zitierte entsprechende Aussagen aus der Niederschrift über die letzte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Seitens der Fraktionen sei dieses Ziel bereits vorgetragen und von der Verwaltung mit Hinweis auf das zu erarbeitende Konzept beantwortet worden.

Herr **Madeja** bedauerte die mangelnde Akzeptanz des Alten Marktes als Wochenmarkt-Standort. Auch durch zusätzliche Marktstände und neue Stellplatzanordnungen, die zu massivem Widerstand bei den Markthändlern geführt hätten, sei es leider nicht gelungen, den Alten Markt für Händler und Kunden zu attraktivieren.

Er habe deutlich machen wollen, so Herr **Baudrexl**, dass die Attraktivierung des Alten Marktes nicht nur mit Blick auf die Gebührenunterdeckung thematisiert werden müsse. Im Gebührenhaushalt seien vielleicht auch Veränderungen ohne eine konzeptionelle Änderung des Wochenmarktes möglich.

Herr **Klein** sah eine mögliche Kostenreduzierung durch die Reinigungspflicht der Händler. Diese kämen ihrer Verpflichtung nicht immer nach.

Herr **Lipinski** betrat um 16.15 Uhr den Sitzungssaal und nahm an der weiteren Beratung und Beschlussfassung teil.

Zu TOP 10.

Finanz- und Haushaltsentwicklung im laufenden Haushaltsjahr und Stand der Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Baudrexl** brachte in Erinnerung, dass der Verwaltungshaushalt 2003 einen Fehlbetrag in Höhe von 7,5 Mio. € ausweist. Unter Berücksichtigung der HSK-Maßnahmen sollte sich der Fehlbetrag auf 6,9 Mio. € reduzieren. Wie bereits wiederholt ausgeführt, bestünde regelmäßig das Problem der nicht ausreichend gesicherten Zahlen. Diese Unsicherheit habe auch im

Haushalt 2003 zu teilweise gravierenden negativen Veränderungen geführt. Als Beispiele nannte Herr Baudrexl u.a. die Schlüsselzuweisungen, die Einkommensteuer und die Sozialhilfebeteiligung. Auf der anderen Seite habe es beispielsweise Verbesserungen bei der Kreisumlage, der vorläufigen Abrechnung des Solidaritätsbeitrages, den Zinsausgaben und den Personalausgaben gegeben. Insgesamt belaufe sich der Fehlbetrag des Verwaltungshaushaltes 2003 voraussichtlich auf 8,6 Mio. €. Durch Einsparungen im Haushaltsvollzug könne dieser Betrag eventuell noch reduziert werden.

Im Haushaltssicherungskonzept, so Herr Baudrexl weiter, seien insgesamt 33 Maßnahmen aufgeführt. Hiervon beträfen 26 den Ausgabe- und 7 den Einnahmehereich. Im Jahr 2003 sollten 8 Maßnahmen im Ausgabe- und 5 Maßnahmen im Einnahmehereich wirksam werden. Es sei gelungen, alle Einnahme-Maßnahmen und 7 Ausgabe-Maßnahmen umzusetzen. Wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen sei als einzige Position die Rückführung der Asylbewerber aus dem Kosovo noch nicht realisierbar. Abschließend zählte Herr Baudrexl die umgesetzten Maßnahmen auf und gab kurze Erläuterungen.

Zu TOP 11.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Herr **Baudrexl** sprach die geplante Baumaßnahme "Querspange Süd-kamen" an und unterstrich, dass es nur eine umsetzungsrelevante Planung gebe. Diese maßgebliche Planung, für die sich die Stadt Kamen und der Kreis Unna deutlich positioniert hätten, sehe eine Untertunnelung der Bahngleise vor. Verlautbarungen über neue Planungsvarianten hätten hier zu Irritationen geführt. Allerdings bestünde ein fördertechnisches Problem, da das Land als Grundlage für die Bewilligung von Fördermitteln einen zusätzlichen Fiktiventwurf verlange. Durch diesen Fiktiventwurf, der eine Überführung vorsehe, die aber nie realisiert werde, entstehe eine erhebliche Finanzierungslücke. In dieser Woche habe mit Vertretern des Ministeriums und der Stadt Kamen ein konstruktives Gespräch stattgefunden. Es seien Wege aufgezeigt worden, wie das fördertechnische Problem entschärft und vielleicht gelöst werden könne. Die Angelegenheit werde geprüft und bearbeitet. Mit einer Umsetzung der Maßnahme sei optimistisch betrachtet frühestens im Jahr 2006 zu rechnen.

Anfragen

1. Herr **Bremmer** bezog sich auf die geänderte Regelung des § 58 Abgabenordnung über die Gemeinnützigkeit von öffentlichen Einrichtungen und bat um Mitteilung, inwieweit hiervon auch Kamener Einrichtungen betroffen seien.

Herr **Baudrexl** antwortete, dass die Verwaltung sich intensiv mit der Problematik befasst habe. In enger Abstimmung mit den Finanzbehörden bestünde zur Zeit kein Handlungsbedarf.

2. Herr **Kissing** fragte an, ob das in Lünen geplante Factory-Outlet-Center vom regionalen Einzelhandelskonzept erfasst und somit die Abstimmung mit den Nachbarkommunen sichergestellt sei.

Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit sei über die Planung informiert worden, teilte Herr **Baudrexl** mit. Es gebe aber noch keine konkrete Planung, da bisher selbst die Fragen des Standortes, Betreibers etc. noch offen wären. Bei einer Konkretisierung werde das Center natürlich vom regionalen Einzelhandelskonzept erfasst und eine Beteiligung der Nachbarkommunen erfolgen.

3. Frau **Scharrenbach** sprach die Fragebogenaktion bezüglich der offenen Ganztagsgrundschule an und bat um Mitteilung, ob eine Information der Eltern erfolgt sei.

Über die Vorgehensweise sei in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 24.09.2003 informiert worden, antwortete Herr **Brüggemann**. In der nächsten Sitzung erfolge ein Sachstandsbericht der Verwaltung. Wie die Nachfragen zeigten, habe die Fragebogenaktion auch nicht zu einer verbreiteten Verunsicherung der Eltern geführt. Es handele sich um Einzelfragen, die auch nur durch Einzelgespräche und nicht durch eine allgemeine Informationsveranstaltung zu beantworten seien. Das Informationsbedürfnis der Eltern werde ernst genommen. Über das Zustandekommen der offenen Ganztagsgrundschule entschieden die Eltern durch ihre Anmeldungen und letztlich die Schulkonferenzen.

Weitere Anfragen ergaben sich nicht.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Lantin
Schriftführer